Ulrich Steiner und der Laupheimer Kreis. Ein konservatives Randphänomen in der Frühzeit der Bundesrepublik Deutschland

Von Frank Häußler

Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs formierten sich in den westlichen Besatzungszonen im Zuge des politischen Neubeginns zahlreiche politische »Kreise« und »Zirkel«, die – so der Publizist Klaus Mehnert in seinen Erinnerungen – »die Aufgabe des noch nicht bestehenden deutschen Parlaments wahrnahmen«.¹ Dabei ist rückblickend zu erkennen, daß nicht wenige dieser Kreise von Mißtrauen gegenüber einem demokratischen Parteienstaat getragen waren.² Sie bewegten sich in einer Kontinuität antidemokratischen Denkens, die der Historiker Hans Mommsen für die Zeit nach 1945 in weiten Teilen des Bürgertums diagnostiziert. In der verbreiteten Einschätzung, daß die »Massen« für das Scheitern der Weimarer Republik verantwortlich seien, sei eine elitäre Grundhaltung zum Ausdruck gekommen. Der innere Vorbehalt gegen die Demokratisierung habe mit der Geringschätzung von Parteien und Parteifunktionären im Einklang gestanden.³ Dieser Haltung entspricht, daß solche Kreise und Zirkel sich fern der alten politischen Zentren bildeten. Ihre Mitglieder verstanden sich als Eliten und gruppieren sich um herausgehobene Persönlichkeiten, die als Mentoren und bisweilen

1 Kaus MEHNERT, *Ein Deutscher in der Welt. Erinnerungen 1906-1981*, Stuttgart 1981, S. 313.

2 Das Phänomen politischer Kreise im Bürgertum taucht in der Literatur nur am Rande auf. Einzelne Kreise erscheinen als Träger bestimmter politischer Positionen in den Anfängen der außenpolitischen Diskussion, z. B. der Nauheimer Kreis als Verfechter der deutschen Neutralität. Eine systematische soziologische oder geistesgeschichtliche Untersuchung des Übergangsphänomens der politischen Kreise steht noch aus. Dies mag mit der schwierigen Quellenlage zu tun haben. Die Kreise tagten meist geschlossen. Erhaltene Tagungsprotokolle finden sich weit verstreut in persönlichen Nachlässen. Auf einige Darstellungen, die die Thematik zumindest am Rande berühren, sei hier verwiesen: Hans-Peter SCHWARZ, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949*, 2. Aufl., Stuttgart 1982, S. 369-390; Rolf DOHSE, *Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955*, Hamburg 1974; Wolfgang BENZ, *Föderalistische Politik in der CDU/CSU. Die Verfassungsdiskussion im »Ellwanger Kreis« 1947/48*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 25 (1977), S. 776-820.

3 Hans MOMMSEN, *Der lange Schatten der untergehenden Republik. Zur Kontinuität politischer Denkhaltungen von der späten Weimarer zur frühen Bundesrepublik*, in: Karl Dietrich BRACHER u. a. (Hrsg.): *Die Weimarer Republik*, Düsseldorf 1987, S. 571.

Ideengeber fungierten. Mit fortschreitender wirtschaftlicher Konsolidierung und der erfolgreichen Etablierung des neuen demokratischen Staates in der Ära Adenauer verloren sie ihre Funktion als Orte des Vorbehalts und lösten sich auf. Einer dieser Kreise war der Laupheimer Kreis.⁴ Er erhielt seinen Namen nach dem oberschwäbischen Städtchen Laupheim, dem Heimatort seines Mentors Ulrich Steiner. Am Beispiel des Laupheimer Kreises wird nachfolgend gezeigt, wie in der Gründungszeit der Bundesrepublik der Versuch unternommen wurde, aus politischen Kreisen heraus alternative bürgerliche Politikforen zu schaffen.

Ulrich Steiner – Mentor des Laupheimer Kreises

Die Geschichte des Laupheimer Kreises ist nicht von der seines Gründers Ulrich Steiner und seinem politischem Werdegang zu trennen.⁵ Steiners Lebenslauf spiegelt die Wechselfälle der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts wider. Seine jüdischen Vorfahren schafften im 19. Jahrhundert aus dem Ghetto einer schwäbischen Kleinstadt den gesellschaftlichen Aufstieg ins gehobene Bürgertum Württembergs. Ulrichs Großvater, Kilian von Steiner, stieg bis zum Finanzberater des Königs auf und erhielt den Adelstitel, wurde aber als Jude nicht in den Erbadelsstand versetzt.⁶ Steiners Vater konvertierte zum Christentum und stabilisierte den großbürgerlichen Status durch die Heirat mit einer preußischen Adligen.

Im Jahr 1908 geboren, wurde Ulrich Steiner von der Sogwirkung kultur-

4 Der Laupheimer Kreis erscheint in der Literatur oft unter der Bezeichnung »Heiligenberger Kreis«, so benannt nach dem Schloß Max von Fürstenbergs am Bodensee; vgl. Arnulf BARING, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft* (Schriften des Forschungsinstituts der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Band 28), München-Wien 1969, S. 359-360. Max von Fürstenberg gehört mit Ulrich Steiner zu den Initiatoren des Kreises. In Protokollen bezeichnete sich der Kreis als »Süd-West-Kreis«. Dies geht u. a. hervor aus dem Protokoll der Tagung vom 30. März 1949 im Nachlaß Steiner. Er befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin (fortan: ACDP), Bestandsnummer I-247, hier I-247-006/2. Später verwendete Steiner die Bezeichnung »Arbeitstagung politischer Kreise«; s. Protokoll über die Sitzung im Inselhotel Konstanz am 2. Juni 1949, NL Steiner, ACDP I-247-006/1. Der Name »Laupheimer Kreis« wurde dem Zirkel von Außenstehenden verliehen, aber bald auch von den Teilnehmern übernommen. Er ist eher an die Person Ulrich Steiners als an den Ort Laupheim geknüpft, da nur eine Tagung tatsächlich in Laupheim abgehalten wurde. Ab 1950 hatte sich die Bezeichnung »Laupheimer Kreis« in der Presse durchgesetzt. Deshalb bleibt dieser Aufsatz durchgängig beim Begriff »Laupheimer Kreis«.

5 In Ermangelung einer veröffentlichten biographischen Darstellung sei auf den Nachlaß Steiners verwiesen (s. Anm. 4).

6 Zu Kilian von Steiner s. Gustav SCHMOLLER, *Charakterbilder. München 1913*, S. 233-239, sowie Georg SCHENK, *Kilian Steiner. Jurist, Finanzmann, Landwirt, Mitbegründer von Schillerverein und Schiller-Nationalmuseum 1833-1903*, in: *Lebensbeschreibungen aus Schwaben und Franken*, Band 11, Stuttgart 1964, S. 312-326.

pessimistischen und nationalistischen Denkens während der Weimarer Republik erfaßt. Deshalb trat er 1929 als Student in München während der Auseinandersetzungen um den Young-Plan dem Frontkämpferbund »Stahlhelm« bei. Fasziniert von der Lebensraumideologie, wurde er 1931 NSDAP-Mitglied. Die Partei schloß ihn jedoch zwei Jahre später, nach der Machtergreifung, aus. Ein Universitätsabschluß war ihm verwehrt. Nach den Nürnberger Gesetzen von 1935 blieb er bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft als »Mischling 1. Klasse« ein Geächteter. Im Zuge der Verhaftungswelle nach dem Attentat vom 20. Juli festgesetzt, erlebte er das Kriegsende in einem Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald. Zwischen 1945 und 1947 stieg er zum zweiten Vorsitzenden der neu gegründeten CDU im von den Besatzungsmächten künstlich geschaffenen Land Württemberg-Hohenzollern auf. Die CDU sah er anfangs weniger als Partei im herkömmlichen Sinne, denn als bürgerlich-christliche Sammlungsbewegung. Sein Interesse galt den großen deutschland- und europapolitischen Fragen und weniger der Politik seines kleinen Landes. Dies brachte ihm zwar Aufmerksamkeit, aber keine echten Betätigungsfelder, da die Besatzungsmächte im Jahr 1947 die Deutschen noch nicht wieder auf dieser politischen Bühne aktiv sehen wollten. Als Protestant innerhalb einer katholisch dominierten Landespartei blieb er Außenseiter, sowohl bei der Besetzung politischer Posten als auch bei inhaltlichen Fragen wie der Wiedereinführung der Konfessionsschule. Politische Differenzen, Vorwürfe wegen seines Lebens- und Arbeitsstils sowie die Enthüllung seiner NSDAP-Mitgliedschaft führten dazu, daß Steiner in der CDU seines Landes nach 1947 keine Rolle mehr spielte. Der 1947 in Königstein/Ts. gegründeten Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, in der er mit Größen wie Konrad Adenauer und Jakob Kaiser zusammenkam, gehörte er bis 1948 als Vorstandsmitglied an.

Von der CDU enttäuscht, sah Steiner im Frühjahr 1948 noch einmal die Chance, politischen Einfluß zu erlangen. Inspiriert von den zahlreichen politischen Kreisen, die inzwischen entstanden waren und zum Teil bereits öffentliche Aufmerksamkeit erlangt hatten, setzte Steiner sich das Ziel, über Parteigrenzen hinweg politisch interessierte Persönlichkeiten zusammenzubringen. Die Außenpolitik sollte eine besondere Rolle spielen.

Voraussetzungen und Ziele

Die Gründung des Laupheimer Kreises ist zurückzuführen auf Steiners Zweifel am System der parlamentarischen Demokratie und seine Vorbehalte gegenüber dem Typus des Parteipolitikers. In seinem Referat anläßlich des ersten Treffens des Laupheimer Kreises am 23. Mai 1948, das in gekürzter Form in der »Schwäbischen Zeitung« unter dem Titel »Stilwandel in der

Politik« erschien, beschrieb Steiner seine Motive. Die »Gestalten, wie sie heute über die politische Bühne wandeln«, seien unfähig, über den eigenen Kirchturm hinauszublicken. Sie hätten keine Überzeugungen, keine Bildung und schlechte Manieren. Parlamentarische Arbeit bezeichnete Steiner als »parlamentarisch-demagogisches Weiterwursteln«. ⁷ Einen weiteren Grundtopos der konservativen Kritik an der Demokratie griff Steiner auf, als er die Vorstellung von der Gleichheit aller Menschen, »die Massenherrschaft ohne natürlichen Stand und ohne organische Hierarchie« ⁸, kritisierte. Die »Nivellierung« sei das »Unheil der Zeit«, »tödlichstes Kampfmittel« der Demagogen des 20. Jahrhunderts. Um dem entgegenzusteuern, forderte er: »Wir müssen im wohlverstandenen Sinn wieder vornehm werden.« ⁹ Eine neue Gesellschaft mit »natürlichen Ordnungen«, in der ein besserer politischer Stil herrsche, müsse entstehen. Konsequenterweise hatte Steiner auch eine bestimmte Vorstellung von den Mitgliedern seines Kreises: »Was wir brauchen und was wir werden wollen, sind doch Gentlemen mit weitem Blickfeld, gemäßigtem Ehrgeiz, sportlicher Verantwortlichkeit. So allein begreife ich wenigstens den Typus der kommenden Aristokratie, der notwendig sein wird, in einem Imperium mundi westlicher Prägung den Ausgleich zwischen den persönlichen, ständischen und nationalen Interessen erträglich zu machen.« ¹⁰ Der Laupheimer Kreis sollte nicht nur solche »Gentlemen« zusammenbringen, sondern ihnen auch Gehör an höchsten Stellen verschaffen, ¹¹ um Einfluß auf Sach- und Personalentscheidungen im entstehenden westdeutschen Staat zu nehmen.

Voraussetzung für die Gründung des Laupheimer Kreises waren Steiners politische und gesellschaftliche Kontakte. Seit Mai 1945 hatte er Vertreter der Militärregierung auf sein Schloß eingeladen und dadurch eine gewisse Vertrauensstellung erlangt. Bereits 1945 hatte er auf Anforderung der französischen Besatzungsbehörden eine Denkschrift über die zukünftige Entwicklung Deutschlands angefertigt. ¹² Von Steiners politischem und gesellschaftlichem Einfluß zeugt, daß Kurt-Georg Kiesinger, dem späteren Bundeskanzler, als er nach seiner Entlassung aus dem Internierungslager

⁷ Ulrich STEINER, »Stilwandel in der Politik«, in: *Schwäbische Zeitung* vom 24. Mai 1948.

⁸ Auf die weite Verbreitung derartiger Kritik in konservativen Kreisen Westdeutschlands in den Jahren zwischen 1945 und 1949 verweist Helga GREBING, *Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945*, Frankfurt a. M. 1974, S. 210-233.

⁹ U. STEINER, *Stilwandel* (wie Anm. 7).

¹⁰ Ulrich Steiner an Paul Binder, 13. April 1948, s. Nachlaß Binder, ACDP I-105-023.

¹¹ Tagung am 3. März 1949 im Hotel Waldeck in Freudenstadt, NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

¹² Bericht zur Lage und zu einer möglichen Entwicklung, Januar 1946, NL Steiner, ACDP I-247.

politisch Fuß zu fassen suchte, im Januar 1947 von Freunden geraten wurde, sich zuallererst auf den Weg nach Großlaupheim zu machen, um sich den Einfluß Steiners zu sichern.¹³

Für die politischen Kontakte unmittelbar nach Kriegsende waren auch die materiellen Bedingungen wichtig. Schloß Großlaupheim, Steiners Familiengut, durch seine großen Ländereien mit dem Lebensnotwendigen reichlich versorgt, bot sich in Zeiter der Not als Versammlungsort an. Der Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg, von 1945 bis 1947 Staatskommissar für das Flüchtlingswesen in Württemberg-Hohenzollern und von 1947 bis 1952 Ministerialrat bzw. Staatsrat, erinnert sich, daß in der unmittelbaren Nachkriegszeit Steiner eine »unglaubliche Anziehungskraft« gehabt habe, »weil er zu essen und zu trinken hatte«.¹⁴ Man sei zu sechst in einem Auto von Tübingen nach Oberschwaben gefahren und habe diese Fahrten mit Carlo Schmid, Paul Binder und Gebhard Müller teilweise überparteilich organisiert.

Diese Treffen zwischen 1945 und 1947 hatten kein festes Muster und waren nicht ausschließlich politischer Natur. Nach der Konstituierung des Laupheimer Kreises fanden noch weitere überparteiliche Treffen in Laupheim mit hochrangiger Besetzung statt.¹⁵ Für den Plan, einen politischen Kreis zu gründen, hatte Steiner im Zug seiner überregionalen CDU-Arbeit in Otto Lenz einen Mitstreiter gewonnen, der über lange Zeit hinweg politischen Sachverstand in den Laupheimer Kreis einbrachte.¹⁶ Nachdem sich Steiner und Lenz im Rahmen der ersten Treffen der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU im Frühjahr 1947 kennengelernt hatten, entwickelte sich eine Freundschaft zwischen beiden. Sie vertiefte sich während eines Besuchs von Lenz in Laupheim im Februar 1948.¹⁷ Bei dieser Gelegenheit ermunterte Lenz Steiner, einen politischen Kreis mit Schwerpunkt auf der außenpolitischen Diskussion, Steiners zentralem Interesse, ins Leben zu rufen.

¹³ Kurt-Georg KIESINGER, *Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904-1958*, bearb. v. Reinhard SCHNABEL, Stuttgart 1989, S. 324.

¹⁴ Andreas DORNHEIM, *Adel in der bürgerlich-industrialisierten Gesellschaft. Eine sozialwissenschaftlich-historische Fallstudie über die Familie Waldburg-Zeil* (Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI, Band 218), Frankfurt a. M. 1993, S. 377.

¹⁵ So am 26. Juni 1948, als nach Auskunft des Gästebuchs (heute im Leutrum'schen Familienarchiv) Carlo Schmid, Josef Müller und der Vorsitzende des außenpolitischen Informationskomitees der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, der Diplomat Baron von Prittwitz, in Schloß Großlaupheim weilten.

¹⁶ Zu Otto Lenz siehe: *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951-1953*, bearb. von Klaus GOTTO, Hans-Otto KLEINMANN und Reinhard SCHREINER (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 11), Düsseldorf 1989, S. XII-XXVIII.

¹⁷ Tagebuch Otto Lenz, 22. Febr. 1948, NL Lenz, ACDP I-172-001/2; Otto Lenz an Ulrich Steiner, April 1948, NL Lenz, ACDP I-172-016/214.

Mitglieder des Laupheimer Kreises

Steiners Werbung für den neuen Kreis begann spätestens im März 1948.¹⁸ In Max von Fürstenberg fand er einen adligen Verbündeten, der sein Schloß Heiligenberg und finanzielle Mittel für das erste Treffen zur Verfügung stellte.¹⁹ Obwohl Max von Fürstenberg teilweise in der Literatur als »Patron«²⁰ erscheint, lief die Organisation der meisten Treffen über Steiner und besonders dessen Sekretärin Paula Ölmaier.

Bedauerlicherweise ist eine Teilnehmerliste des ersten, konstituierenden Treffens nicht erhalten. Jedoch liegen die Teilnehmerlisten des zweiten »Aussprachekreises« und fast aller weiteren Treffen bis 1950 vor.²¹ Unter den Mitgliedern des Laupheimer Kreises befanden sich Adlige, Politiker, Akademiker, Wirtschaftsleute und Publizisten, größtenteils aus dem süddeutschen Raum. Die größte Gruppe unter den 36 Teilnehmern des zweiten Treffens stellten sieben süddeutsche Adlige dar. Ständige Besucher wurden nur Max von Fürstenberg und Hans-Christoph und Friedrich Schenk von Stauffenberg. Unter den Teilnehmern aus Kreisen der CDU befand sich keine herausragende Persönlichkeit.²² Zu denen, die häufiger erschienen, gehörten mit August Haußleiter und Gerhard Binder Politiker, die 1948 bereits Außenseiter in der CDU bzw. CSU waren. Haußleiter gehörte wie Ulrich Steiner zur protestantischen Minderheit in seiner Partei.²³ Im Sommer 1949 stieß mit Paul Binder ein alter Bekannter Ulrich Steiners zum

18 Ulrich Steiner an Otto Lenz, 25. März 1948, NL Steiner, ACDP I-247-004/1.

19 In frühen Darstellungen der CDU-Geschichte wird Max von Fürstenberg eine wichtige Rolle bei der Gründung der CDU-Südbaden zugeschrieben, so bei Hans-Georg WIECK, *Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/1946*, Düsseldorf 1958, S. 108-120. Dagegen wird er bei Paul Ludwig WEINACHT, *BCSV und CDU in Baden*, in: DERS. *Die CDU In Baden-Württemberg*, Stuttgart 1979, S. 83-112, nicht einmal mehr erwähnt. Fürstenberg hatte tatsächlich nie ein Amt in der Partei übernommen und sich im Hintergrund gehalten.

20 A. BARING (wie Anm. 4), S. 22, Anm. 5.

21 NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

22 Gerhard WETTIG, *Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-1955*, München 1967, S. 244, schreibt, daß im Laupheimer Kreis unter anderem Gebhard Müller, Carlo Schmid und Theodor Heuss verkehrten. Sie waren mit Steiner bekannt, es gibt jedoch keinen Beleg in Steiners Nachlaß für ihre Teilnahme.

23 Zu Haußleiter s. Alf MINTZEL, *Geschichte der CSU. Ein Überblick*, Opladen 1976, S. 58 u. S. 212. Er hatte sich zusammen mit Josef Müller von der Tradition einer Bayernpartei distanziert und ein reichsorientiertes Parteiprogramm mit verfaßt. Er war Gegner einer Westintegration unter Anlehnung an die USA und stand in Verbindung mit dem »Nauheimer Kreis« um Hans-Ulrich Noack (MINTZEL, S. 286). Im Sommer 1949 verließ Haußleiter die CSU, nachdem ihm aufgrund seiner Kontakte mit SED-Politikern der Austritt nahe gelegt worden war. Siehe dazu: *Die Unionsparteien 1946-1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden*, bearb. von Brigitte KAFF (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 17), Düsseldorf 1991, S. 591.

Kern des Laupheimer Kreises. Steiner hatte ihn als Mitglied der deutschen Verwaltungsspitze in Südwürttemberg-Hohenzollern 1946 mit in die CDU geführt. Wie Steiner spielte er 1948 in der Landes-CDU nur noch am Rand politisch eine Rolle.

Aus dem akademischen Milieu Tübingens fanden Rudolf Stadelmann, Hans Speidel und seit 1949 auch Theodor Eschenburg zum Laupheimer Kreis. Über die in Tübingen stattfindenden »Donnerstagabende«, bei denen sich einmal im Monat eine Gesellschaft von Akademikern und Politikern traf, hatte Steiner noch zu seiner Zeit als Abgeordneter im benachbarten Bebenhausen Kontakte geknüpft, die mit in die Gründung des Laupheimer Kreises hineinspielten.²⁴ Unter den Unternehmern und Industriellen im Laupheimer Kreis ragte der naturalisierte Schweizer Johann Kindt-Kiefer heraus, der sehr an Kontakten zur großen Politik in seiner alten Heimat interessiert war.²⁵ Er brachte ein internationales Element in den Kreis, was den außenpolitischen Ambitionen Steiners entsprach.

Eine weitere wichtige Gruppe stellten Bekannte und Kollegen aus dem Zeitungsmilieu dar. Seit Anfang 1947 besaß Steiner eine Verlagslizenz und eine Beteiligung an der »Schwäbischen Zeitung«.²⁶ Zu denen, die aus dem Verlegermilieu zum Laupheimer Kreis stießen, gehörte Walter Jänicke, ein Mann, der bereits in der Weimarer Republik als konservativer Verleger gewirkt hatte.²⁷ Mit Kurt Fried, dem Chefredakteur und Mitherausgeber der »Ulmer Donauzeitung« (heute »Südwestpresse«), gehörte auch ein alter Bekannter Steiners aus Tagen der KZ-Haft dazu. Ein junger aufstrebender Publizist namens Klaus Mehnert, der es über das Fernsehen zu einiger Bekanntheit bringen sollte, nahm zwischen 1949 und 1951 regelmäßig an den Treffen teil.

Themen im Laupheimer Kreis

Bei den meisten Treffen des Laupheimer Kreises wurden Referate gehalten. Einige wurden später im Ulrich-Steiner-Verlag in der Reihe »Geschichte und

²⁴ Heinz Autenrieth an Ulrich Steiner, 23. Sept. 1948 und 28. Okt. 1948, NL Steiner, ACDP I-247-003/1. Regelmäßige Teilnehmer der »Donnerstagabende« waren u. a. Gebhard Müller, Carlo Schmid und Hans Speidel. Organisator war der lokale CDU-Gründer Heinz Autenrieth.

²⁵ Vgl. Anwesenheitsliste vom 16. Aug. 1948, NL Steiner, ACDP I-247-006/1, sowie BARING (wie Anm. 4), S. 7.

²⁶ NL Binder, ACDP I-105-045.

²⁷ Jänicke war vor 1933 Verleger des »Hannoverschen Kuriers« und spielte in der DVP eine wichtige Rolle. Als Mitgründer des Bundesverbands deutscher Zeitungsverleger nahm er ab 1949 im Pressebereich eine wichtige Rolle ein. In den ersten Jahren der Bundesrepublik war Jänicke noch Präsidialmitglied im Zentralauschuß deutscher Werbewirtschaft sowie Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Presse-Agentur.

Politik« veröffentlicht. Die Diskussionen protokollierte einer der Teilnehmer. Wichtiger Bestandteil waren auch die kleinen Runden an den Abenden vor und nach den Tagungen.

Obwohl viele Fragen der Tagespolitik besprochen wurden, nahm während der ersten Treffen die Sicherheits- und Außenpolitik den breitesten Raum ein. Im Zuge der Verfassungsdiskussion 1948/49 diskutierte der Laupheimer Kreis jedoch auch grundlegende Fragen der Staatsneuordnung. Einmütige Voten zu einzelnen Punkten sind in den Protokollen nicht festgehalten. In den Beiträgen überwogen konservative Staatsvorstellungen, wie an den Forderungen nach einem Zweiparteiensystem und Mehrheitswahlrecht deutlich wird.²⁸

Während für die Verfassungsdiskussion keine bedeutenden Impulse vom Laupheimer Kreis ausgingen, erlangte er als sicherheitspolitisches Forum Bedeutung, weil hier äußerst früh eine deutsche Wiederbewaffnung angedacht wurde. Bereits im Mai 1948 hatte Hans Speidel, Weltkriegsgeneral und Honorarprofessor in Tübingen, ein Memorandum über die »Sicherheit in Westeuropa« verfaßt, dessen Inhalt er in seinen Erinnerungen beschreibt.²⁹ Gestützt auf Zahlenmaterial des Generals Reinhard Gehlen, des ehemaligen Chefs der Abteilung »Fremde Heere Ost« und künftigen BND-Chefs, verwies Speidel auf das Übergewicht der Roten Armee bei den Landstreitkräften und skizzierte die wahrscheinlichste Angriffstaktik. Er formulierte die Voraussetzungen für eine Verteidigung Deutschlands in Bezug auf Kommandostrukturen und Truppenstärke, wobei er in seiner Denkschrift – hochbrisant im Jahr 1948 – die Notwendigkeit eines deutschen Verteidigungsbeitrages implizit aussprach. Im Sommer 1948 stellte er sein Memorandum im Laupheimer Kreis erstmals vor größerem Publikum zur Diskussion.³⁰

Die Denkschrift gelangte auch an den zukünftigen Bundeskanzler Konrad Adenauer. Er hatte über Mitglieder des Kreises davon Kenntnis erhalten.³¹ Über Speidels ehemaligen Ordonnanzoffizier Dr. Rolf Pauls ließ Adenauer im Herbst weitere Denkschriften einfordern, die wieder im Laupheimer Kreis vorbesprochen wurden. Dies geschah auch bei der Tagung am 17. November 1948 in Konstanz, wo die Frage der Verteidigung Westeuropas auf der Tagesordnung stand. Es wurde mit solcher Vehemenz und Deutlich-

²⁸ Tagung am 3. März 1949 im Hotel Waldeck, NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

²⁹ Hans SPEIDEL, *Aus unserer Zeit. Erinnerungen*, Berlin 1977, S. 248.

³⁰ EBD., S. 251.

³¹ A. BARING (wie Anm. 4), S. 22; G. WETTIG (wie Anm. 25), S. 244, vermutet, daß Otto Lenz der Mittler war. Es sind auch andere Personen aus dem Laupheimer Kreis denkbar. Adenauer war mit Steiner und auch Häußler durch die Zusammenkünfte der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU bekannt.

keit eine Wiederbewaffnung gefordert, daß die Teilnehmer fürchteten, von den Besatzungsbehörden zur Rechenschaft gezogen zu werden.³²

Weiterreichende Pläne Steiners

Der Laupheimer Kreis hatte im Laufe des Jahres 1948 schnell Aufmerksamkeit gefunden. Steiners Ziele aber gingen weiter. Der Kreis sollte Ausgangspunkt einer neuen politischen Bewegung werden. Mit derartigen Plänen im Hintergrund, lud Steiner für den 14. bis 16. Januar 1949 zu einer »Tagung von etwa 15 den verschiedensten Kreisen angehörenden ›Bonzen‹« nach Großlaupheim ein, von denen jedoch nur fünf die Einladung annahmen.³³ Auf dieser Tagung stellte Steiner den Entwurf eines Manifestes einer »Vereinigung zur Demokratischen Erneuerung« zur Diskussion.³⁴ Mit diesem Manifest wollte er der sich ausbildenden Dominanz der Parteien entgegenwirken. Seine Vision war eine Vereinigung der vielen Dutzend politischen Kreise in Deutschland mit dem Ziel, sie zu einer unabhängigen, überparteilichen, politischen Kraft zu machen. Die Vereinigung sollte gleichzeitig den Ausgangspunkt für neue Zirkel bilden.

Das Manifest Steiners begann mit einem Resumée der politischen Lage, wobei er Ideen aus seinen früheren Denkschriften weiterentwickelte. Er brandmarkte die Besatzungspolitik der Alliierten als völlig verfehlt, da sie zur Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung am politischen Leben geführt habe. Er wies auf die politischen Kreise als Gegenmittel hin und begründete deren Notwendigkeit nicht nur mit der unbefriedigenden Situation in den Parteien, sondern mit den Fehlern der Presse. In den Zeitungen und Zeitschriften spiegele sich nicht die wirkliche »Volksmeinung« wider, sie hätten zudem in ihrer Umerziehungsaufgabe versagt. In der Bildung der Diskussionskreise manifestiere sich bis zu einem gewissen Grad die Enttäuschung der Intelligenz über den politischen Fehlschlag der Demokratie.

Steiner forderte dazu auf, die in den Kreisen vorhandenen Kräfte zu bündeln, da Parteien und Parlamente in einem »entmutigenden Zustand« seien. Zwischen den Kreisen sollte ein »organischer Kontakt« hergestellt werden »mit der Zielsetzung, gleichgerichtete Kräfte zusammenzufassen, um ihren Einfluss auf die politische Entwicklung dadurch zu sichern«. Auf diese Weise könnten politische Entscheidungen vorbereitet werden und eine echte öffentliche Meinung entstehen. Nihilismus und damit verbunden das Warten

32 Vortrag Ulrich Steiners anlässlich der Tagung vom 12. Febr. 1951, NL Steiner, ACDP I-247-0062/2.

33 Ulrich Steiner an Otto Lenz, 14. Dez. 1948, NL Lenz, ACDP I-172-16/2; Teilnehmer der Tagung vom 14.-16. Januar 1949, NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

34 Entwurf des Manifestes in NL Steiner, ACDP I-247-007/1.

auf eine neue Diktatur links oder rechts seien weit verbreitet. Die »führenden Schichten« müßten einen »völligen geistigen Wandel« des Volkes anregen. Mittel dazu seien die Bildung gleichgesinnter Kreise und Gemeinschaften: »Die Methoden einer solchen Meinungs- und Willens-Bildung liegen wohl ausserhalb von Volksversammlungen und Tagespresse,« hieß es in dem Manifest.

Außenpolitisch schwebte Steiner die Bildung eines Weltstaats vor, dem die Europäische Einigung vorangehen müsse. Daß es ihm zuweilen an Realitätsinn fehlte, zeigt in diesem Kontext eine Äußerung zur Flüchtlingsfrage: »Die Leere Frankreichs und die Überfüllung Deutschlands mit Menschen bieten Möglichkeiten einer großzügigen Arbeitsteilung und deutschen Auswanderung im Rahmen des Europaplans.«

Konsequenterweise war die Denkschrift davon geprägt, den Einfluß der Parteien im politischen System zu begrenzen. Steiners Staatsmodell sah die Bildung eines föderalistischen Bundesstaates mit einer zweiten Kammer vor, die zur Hälfte aus Vertretern der Länderkabinette und zur Hälfte aus Ständevertretern bestehen sollte. Für das Verhältniswahlrecht der Weimarer Republik fand Steiner in der Denkschrift harte Worte. Dieser Wahlmodus führe zu »politischem Kuhhandel« und damit zur Korruption der Parteien: »Verhältniswahl sichert Nullen als Abgeordnete und Parteisekretäre als Diktatoren.«

Der Versuch Steiners, die Kreise zu einigen und ihren Einfluß zu bündeln, blieb ohne jeden Erfolg. Von der Laupheimer Tagung im Januar 1949 sind keine Protokolle erhalten, ebensowenig wie Zeugnisse von irgendeiner Resonanz auf seine Initiative.

Die »Deutsche Union«

Um die Jahreswende 1948/49 fand noch ein ähnlicher Versuch statt, ein politisches Gegengewicht zu den Parteien im Sinne einer Sammlungsbewegung von politischen Kreisen zu schaffen: die Gründung einer »Deutschen Union« (DU) in Braunschweig am 22. Januar 1949. Auf dem Gründungstreffen waren angeblich Vertreter von 60 verschiedenen Gruppen und Kreisen anwesend.³⁵

Die Deutsche Union erregte mehr Aufmerksamkeit als Steiners Idee. Ein Mitglied des Laupheimer Kreises, August Haußleiter, wurde sogar zweiter Vorsitzender.³⁶ Die nächste Tagung des Laupheimer Kreises am 30. März 1949 in Freudenstadt stand dann auch im Zeichen der Gründung der Deut-

³⁵ *Keesings Archiv der Gegenwart*, 1949, S. 1788.

³⁶ EBD. Auch Haußleiter hatte an der Gründung der Deutschen Union mitgewirkt; s. A. MINTZEL, (wie Anm. 26), S. 285.

schen Union. Es kamen 44 Teilnehmer. Hans-Christoph von Stauffenberg sprach als Teilnehmer des Gründungskongresses über die Deutsche Union. Otto Lenz referierte über die politische Lage. Steiner hoffte unterdessen immer noch, weiteres Interesse für seine Initiative zu wecken.³⁷

Einleitend skizzierte Steiner sein Konzept des Laupheimer Kreises. Man sei kein »Club«, und es gebe keinen Vorsitzenden. Man sei nur zusammengekommen, um als »Damen und Herren die Dinge zu diskutieren«.³⁸ In Wiederaufnahme seiner Überlegungen in der Januar-Denkschrift gab er der Hoffnung Ausdruck, daß es noch an diesem Tag gelingen würde, neue Kreise zu bilden, da allein in solchen Foren freiheitliche Ideen geäußert werden könnten. Im Volk bestünde ein unüberwindlicher Widerwille gegen die Parteien und in den Verwaltungen säßen zu viele Postenjäger. Ulrich Steiner kam zu dem Schluß, daß über die Parlamente und die Regierung allein die Demokratie nicht wieder aufzubauen sei. Er appellierte deshalb an alle Anwesenden, neue Kreise zu gründen.

Hans-Christoph von Stauffenberg allerdings relativierte mit seinem Referat Steiners Initiative, indem er die Deutsche Union als bereits bestehende Alternative zu den Parteien und als Sammlungsbewegung vorstellte. Die Presse habe diese – nach Stauffenberg – zu Unrecht als neofaschistische und nationalbolschewistische Organisation dargestellt. Auch von Stauffenberg kritisierte die Parteien und präsentierte die Deutsche Union als Modell einer Organisation verschiedener Kreise mit dem Ziel, sich politischen Einfluß zu verschaffen, ohne jedoch Partei zu werden. Unter ihren Gründern seien fast ausschließlich Vertreter der jüngeren Generation. Ein grundlegendes Postulat der Deutschen Union sei das Mehrheitswahlrecht mit einer starken Regierung, kontrolliert von einer verantwortungsvollen Opposition. Die Deutsche Union verstehe sich auch als Reservoir an Persönlichkeiten für die Parteien. Zuletzt stellte Stauffenberg fest, daß das, was die Deutsche Union wolle, nicht so sehr verschieden sei von dem, was Ulrich Steiner skizziert habe, »nur sehr viel mehr ins Weite gehend, die breiten Massen mit erfassend, die man unbedingt erfassen muss und die man zu einem Ziele führen muss, wenn sie nicht eines Tages wieder einem Trödler nachlaufen sollen«.

Im Lauf der nachmittäglichen Diskussion versuchte Steiner noch einmal, Impulse zur Gründung neuer Kreise zu geben. Fast beschwörend appellierte er an die Teilnehmer, sich zu engagieren. Es brauche »eine sehr gute Klasse Männer«, um die Kreise ins Leben zu rufen: »Wenn wir nicht den Mut zur Handlung haben, dann haben wir kein Recht, Zeitungsverleger oder sonst etwas zu sein.« Sein Appell blieb ohne Resonanz.

37 Protokoll der Tagung vom 30. März 1949, NL Steiner, ACDP I-247-006/2.

38 Tagung am 30. März 1949 im Hotel Waldeck, NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

Im Lauf der Tagung kristallisierte sich heraus, daß die Mehrheit der Anwesenden im Laupheimer Kreis nicht mehr als ein Diskussions- und Kontaktforum sah. Wie dem Protokoll zu entnehmen, bezogen sich viele der Diskussionsbeiträge auf verschiedene politische Themen, oft ohne auf das Referat einzugehen. So wurde beispielsweise das Problem der Finanzhoheit und des Südweststaats thematisiert. Heinrich von Brentano, der spätere Außenminister, entfachte eine kleine Auseinandersetzung, als er deutlich machte, daß der deutsche Osten seiner Meinung nach nur mit kriegerischen Mitteln zurückzugewinnen sei. Für diese Aussage wurde er von anderen Teilnehmern der Verantwortungslosigkeit bezichtigt. Die Tagung schloß, ohne daß Steiners Anliegen noch einmal erwähnt worden wäre.

In Blickrichtung auf den neuen Staat

Mit der Märztagung 1949 war der weitere Weg des Kreises vorgezeichnet. Er etablierte sich als regionales konservatives Diskussionsforum für aktuelle politische Probleme und fand regen Zulauf. Zur Bodenseetagung nach Überlingen, am 2. und 3. Juni 1949, fanden sich 79 Personen ein. Wegen der großen Teilnehmerzahl erschien der Kerngruppe eine organisatorische Aufteilung des »Laupheimer Kreises« notwendig. Man trennte in den »Großen Kreis«, zu dem hunderte von prominenten Persönlichkeiten geladen waren, und den »Kleinen Kreis«. Dieser hatte sich aus den abendlichen Runden nach den Tagungen entwickelt und bestand aus höchstens 20 Personen. In ihm wurden zentrale Punkte der internen Organisation sowie politische Sach- und Personalfragen besprochen.³⁹

Im »Kleinen Kreis« machte Steiner am 2. Juni 1949 noch einmal den Versuch, seine Freunde für die Möglichkeiten politischer Kreise zu begeistern. Er hob ihre Rolle bei der Bildung der öffentlichen Meinung hervor und wies darauf hin, daß in den USA eine ähnliche Organisation existiere.⁴⁰ Doch wie bei der Tagung vom 30. März 1949 war auch im »Kleinen Kreis« niemand bereit, darauf einzugehen. Statt dessen wurde zur vorherrschenden Frage, wie der Laupheimer Kreis seinen Einfluß in Bonn sichern könne.⁴¹

In der Diskussion setzte sich Otto Lenz dafür ein, jeden möglichen Einfluß bei der Aufstellung der Bundestagskandidaten zu nutzen. Eine längere Diskussion erbrachte jedoch keine konkreten Personalvorschläge.

³⁹ Ulrich Steiner an Hans Rothfels, 4. Juli 1951, NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

⁴⁰ Protokoll der Sitzung im Inselhotel Konstanz am 2. Juni 1949, NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

⁴¹ EBD. Anwesend waren S.D. Prinz Fürstenberg, Frhr. Hans Christoph v. Stauffenberg, Dr. Otto Lenz, August Haußleiter, Dr. Franz Liedig, Graf Leutrum v. Ertingen, Dr. Klaus Mehnert, Friedrich Vorwerk, Dr. Paul Binder, Dr. Eckhardt, Ulrich Steiner.

Man beschloß, nach geeigneten Personen zu suchen. Die Bemühungen, in den folgenden Monaten Mitglieder des Kreises für Bonn zu gewinnen, blieben erfolglos. Anlässlich der Tagung in Meersburg am 12. Oktober 1949 erklärte Steiner, daß ihm eine Äußerung des Bedauerns zugegangen sei, weil nur »wenige Männer unserer Auffassungen nach Bonn entsandt worden seien«. ⁴² Die Verantwortung dafür trugen nach Steiners Auffassung die Parteien. Zwar seien einige Mitglieder des Laupheimer Kreises durchaus gewählt worden, doch hätten andere als zu unzuverlässig gegolten. Man habe sich auch nicht, so Steiner, erfolgreich mit den Parteivorständen beraten können, »die ja übrigens erst einmal verpflichtet waren, ihre bewährten alten Parteigänger zu versorgen«.

Unbenannt blieb das Dilemma, in dem der Laupheimer Kreis steckte. Er ging einerseits sehr kritisch mit den Parteien um, war aber andererseits doch auf sie angewiesen, um einflußreiche politische Positionen zu erlangen. Artikel 21 des Grundgesetzes garantiert die »unbestrittene Dominanz der Parteien gegenüber allen anderen an der politischen Willensbildung beteiligten Kräften«. ⁴³ Klaus Mehnert, als Journalist selbst Mitglied mehrerer Kreise, faßt die Entwicklung so zusammen: »Mit dem Zusammentritt des Parlamentarischen Rates, der Verkündigung des Grundgesetzes im Mai 1949 und der Vorbereitung für die erste Bundestagswahl im August 1949 verlagerte sich die politische Diskussion von den Schlössern und Burgen in das Universitätsstädtchen am Rhein.« ⁴⁴ Der Weg zur politischen Macht führte nur noch über die Parteien.

Die Tatsache, daß Bonn nun politisches Zentrum Westdeutschlands war, spiegelte sich in den folgenden Jahren im »Kleinen Kreis« wider. Seine Bedeutung als Ausspracheforum lag in der Diskussion regionaler Probleme. Bis zur Gründung Baden-Württembergs gab es noch kein gemeinsames Gremium der drei Länder Württemberg-Hohenzollern, Württemberg-Baden und Südbaden. Deshalb bildete der Laupheimer Kreis ein ideales Forum für informelle Gespräche im Vorfeld der Zusammenführung. Bis dahin standen mehrmals Fragen der künftigen Verfassung des Südweststaats im »Kleinen Kreis« auf der Tagesordnung. ⁴⁵

42 Protokoll vom 12. Okt. 1949, NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

43 Wilhelm HENNIS, *Die Rolle des Parlaments und die Parteiendemokratie*, in: Richard LÖWENTHAL/Hans-Peter SCHWARZ (Hrsg.), *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Stuttgart 1974, S. 203-243.

44 K. MEHNERT (wie Anm. 1), S. 314.

45 Protokoll der Tagung in Donaueschingen, 24. Febr. 1952, NL Steiner, ACDP I-247-007/1.

Instrumentalisierung des »Kleinen Kreises« für die Regierungspolitik

Die Bundespolitik betreffend, wurde der Laupheimer Kreis in den Jahren nach Adenauers Amtsantritt mehr und mehr zu einem Ort wohlwollender Unterstützung der Regierungspolitik. Nach 1950 war Otto Lenz die zentrale Figur im »Kleinen Kreis«. Diese Position wurde gestärkt, als Adenauer 1951 Lenz zum Staatssekretär im Kanzleramt berief.⁴⁶ Nach seiner Berufung schrieb Lenz dem Zeitungsverleger Curt Schwab, ebenfalls Teilnehmer am Laupheimer Kreises, »daß wir uns in einem Existenzkampf nach allen Seiten, auch um die Demokratie, befinden, und daß ich aus diesem Gesichtspunkt heraus ein starkes Aufeinanderabgestimmtsein der Kreise verlange, denen es um unser Volk und um die Demokratie ernst ist.«⁴⁷

Damit nahm die Idee der Kreise eine neue Wendung. Lenz versuchte, sie als Orte der Werbung für die Regierungspolitik zu instrumentalisieren, um über sie Grundsatzbeschlüsse wie die Wiederbewaffnung zu popularisieren. Indem er die Kreise nicht mehr als unabhängige Foren der politischen Willensbildung ansah, unterschied er sich grundlegend von Steiner. Ähnlichkeiten bestanden jedoch in dem Ziel, die gesellschaftlichen Eliten und diejenigen Gruppen der Bevölkerung zu erreichen, die den Parteien als Orte der politischen Willensbildung kritisch gegenüberstanden. Um seine Vorstellungen umzusetzen, leitete Lenz im Herbst 1951 die Gründung der »Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise« (ADK) in die Wege. Das Ziel der ADK war, im »politischen Vorfeld« durch Diskussions- und Aussprachekreise »generell für die Regierungspolitik zu werben«.⁴⁸ In den folgenden Jahren entstanden in jedem Bundesland Ableger der ADK. Sie kanalisierten mit großem Erfolg parteikritisches Potential im bürgerlichen Lager. Allein 1953 organisierte die ADK neben mehreren Dutzend Tagungen für Honoratioren insgesamt 2500 Veranstaltungen mit 200.000 Teilnehmern.⁴⁹

Auch der Laupheimer Kreis wurde ab 1951 in diesem Sinne von Lenz genutzt und zum Instrument der Regierungspolitik umfunktioniert. Gemeinsam mit Friedrich Vorwerk baute Lenz den »Kleinen Kreis« in den Jahren 1951 und 1952 zum Koordinationsorgan für die ADK im Südwesten aus. Während einer Tagung des »Kleinen Kreises« am 24. Februar 1952 besprachen die Anwesenden einen Bericht über die Tätigkeit der ADK in Südwestdeutschland sowie deren Arbeit seit Oktober 1951.⁵⁰ Friedrich Vorwerk regte schließlich an, Persönlichkeiten zu suchen, die in das Kuratorium und

46 Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876-1952*, Stuttgart 1976, S. 558.

47 Otto Lenz an Curt Schwab, 31. Okt. 1951, NL Lenz, ACDP I-172-68.

48 A. BARING (wie Anm 4), S. 10.

49 EBD.

50 Protokoll der Tagung in Donaueschingen, 24. Febr. 1952, NL Steiner, ACDP I-247-007/1.

den Arbeitsvorstand der ADK eintreten sollten. Außerdem sammelte man Vorschläge zur Finanzierung und Rechtsform der ADK.⁵¹ Mit dem Treffen vom 24. Februar 1952 trat der »Kleine Kreis« das letzte Mal zusammen. An der Instrumentalisierung des Kreises und der Verschiebung der Ziele zeigt sich deutlich, daß Steiner zu dieser Zeit praktisch keinen Einfluß mehr besaß.

Der »Große Kreis« als gesellschaftliches Ereignis

Seine größte Bekanntheit erlangte der Laupheimer Kreis durch die Tagungen des »Großen Kreises«, die seit Dezember 1949 Prominenz aus Wirtschaft und Politik in hoher Zahl anzogen und somit in Südwestdeutschland zu gesellschaftlichen Ereignissen wurden. Entscheidend für die verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit war die erste große Tagung, die nicht in der Provinz, sondern am 7. Dezember 1949 im Kursaal von Bad Cannstatt abgehalten wurde.⁵² Beachtung fand diese Versammlung nicht nur durch die große Teilnehmerzahl von über 140 Personen, sondern auch durch ihre inhaltliche Brisanz. Klaus Mehnerts referierte zum Thema »Der Osten und Deutschland in der Periode des Stalinismus«. Hohe Wellen schlug das Referat Theodor Eschenburgs über »Das Problem der Willensbildung in der deutschen Bundesrepublik«, in dem er sich kritisch über den Einfluß der Parteien in allen Bereichen des politischen Lebens äußerte. Entgegen den Grundsätzen des Laupheimer Kreises war durch ein Mißverständnis ein Journalist der »Stuttgarter Zeitung« im Saal anwesend, der am folgenden Tag über die Rede des Politikwissenschaftlers und Ministerialrates berichtete und aufsehenerregende Zitate veröffentlichte. Eschenburg hatte unter anderem kritisiert, daß das »geringe Menschenreservoir« der Parteien »zu einem bisher noch nicht bekannten Tiefstand des Niveaus von Abgeordneten« geführt habe.⁵³

Dieser Artikel löste im Landtag von Württemberg-Hohenzollern am 8. Dezember 1949 eine heftige Debatte aus. Sie wurde besonders heftig vom Laupheimer CDU-Abgeordneten Franz Pfender geführt, dessen persönliches

51 Bis zu den Wahlen von 1957, die für Adenauer die absolute Mehrheit brachten, steigerte die ADK ihre Aktivitäten um ein Vielfaches. Über eine Million Menschen wurden im Wahljahr 1957 angesprochen. Die ADK erreichte damit den Höhepunkt ihrer Tätigkeit; vgl. Hans Edgar JAHN, *An Adenauers Seite. Sein Berater erinnert sich*, München-Wien 1987, S. 385-390. Die Finanzierung der ADK wurde nie offengelegt. 1967 wurde die ADK der Großen Koalition geopfert. Helmut Schmidt habe die Auflösung mit der Begründung gefordert: »Jahn und seine Organisation haben der SPD mehr geschadet als die CDU/CSU zusammengenommen« (JAHN, S. 92).

52 Tagung Stuttgart, 7. Dez. 1949, NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

53 »Die Rede des Professor Eschenburg«, in: *Stuttgarter Zeitung* vom 8. Dez. 1949.

Verhältnis zu Ulrich Steiner – noch aus Zeiten früherer Auseinandersetzungen innerhalb der Partei – äußerst gespannt war. In der Presse fand die Auseinandersetzung für einige Monate Beachtung. Pfender und andere verlangten die Disziplinierung Eschenburgs und brachten diesbezüglich eine große Anfrage ein, die im März 1950 behandelt wurde. Gebhard Müller verhinderte in der CDU, daß sein alter Freund zur Rechenschaft gezogen wurde. Auch die Journalisten im Umfeld des Laupheimer Kreises verteidigten in der Presse Eschenburg und seine Rede. Artikel in der Zeitschrift »Christ und Welt«, in der Mehnert Einfluß hatte, in der »Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung«, herausgegeben von Curt Schwab, in der »Ulmer Donauzeitung« Kurt Frieds und auch in der »Schwäbischen Zeitung« sorgten dafür, daß die Öffentlichkeit Eschenburg beisprang.

Nach diesem publikumswirksamen Skandal war allen folgenden Tagungen des Laupheimer Kreises Aufmerksamkeit sicher, und es erschienen regelmäßig um die 150 Besucher. Zwischen 1950 und 1952 gab es je zwei Tagungen des »Großen Kreises« mit Referaten zu aktuellen Themen. Im Jahr 1953 fanden keine Tagungen statt, 1954 und 1955 insgesamt noch drei Versammlungen. Bis zuletzt gelang es, hochrangige Redner für die Tagungen zu gewinnen.⁵⁴ Die inhaltlichen Vorbereitungen traf Steiner meist in Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedern des Kreises. Die Tagungen finanzierte er selbst, was schließlich das Ende des Laupheimer Kreises beschleunigte. Zu den finanziellen Belastungen, vor denen bereits 1949 Mitglieder des »Kleinen Kreis« Steiner gewarnt hatten, kamen zunehmend noch gesundheitliche Probleme.⁵⁵

Steiners politische Vorstellungen glitten zwischen 1952 und 1954 zunehmend ins Illusionäre ab und isolierten ihn noch mehr. Er wandte sich von demokratischen Staatsideen ab, wie Otto Lenz am 23. Oktober 1952 in seinem Tagebuch vermerkte: »Er ist vollkommen in abwegige Ideen versponnen und schwärmt neuerdings noch stärker für die Errichtung einer Monarchie.«⁵⁶ Auf der vorletzten Versammlung, am 27. Juni 1954, wollte Steiner dem »Großen Kreis« die Monarchie als Alternative zur parlamentarischen Demokratie nahebringen. Bei dieser Tagung des Laupheimer Kreises sprachen Ernst Forsthoff und Kurt-Georg Kiesinger. Während Kiesinger das britische Staatssystem vorstellte, pries Forsthoff, ein überzeugter Monarchist, unter dem Titel »Grenzen der Demokratie« die konstitutionelle Monarchie

54 Im Jahr 1950 traten Hans Speidel und Professor Paul Herberg als Redner auf, 1951 unter anderem Eugen Gerstenmaier und Hans Rothfels, 1952 Elisabeth Noelle-Neumann und Theodor Eschenburg, 1954 Professor Forsthoff und Kurt Georg Kiesinger; vgl. NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

55 Walter Jänicke an Felix Steiner, 21. Aug. 1949, NL Lenz, ACDP I-172-16/2.

56 Otto LENZ (wie Anm. 19), S. 444.

als höchste Form der Staatskunst. Die Tagung provozierte in der »Stuttgarter Zeitung« einen bissigen Kommentar, der sich über die Geisteshaltung der Teilnehmer lustig machte und über ihr Unvermögen, sich mit den Zuständen in der Bundesrepublik abzufinden.⁵⁷

Steiner selbst erkannte, daß er von den Ansichten vieler Teilnehmer des Laupheimer Kreises weit entfernt war.⁵⁸ Im Gegensatz zu Steiner hatten es die meisten seiner Freunde geschafft, sich im westlichen Deutschland zu etablieren. Die Tagung vom 27. Januar 1955 mit dem Thema »Politische Probleme der Marktwirtschaft« war die letzte. Zweimal noch, 1957 und 1960, versuchte der verbitterte Steiner, seinen Laupheimer Kreis ein weiteres Mal zusammenzuführen. In der Antwort des Historikers Gerhard Ritter auf Steiners Rundschreiben vom Juli 1960 wird deutlich, wie vergeblich sein Mühen war. Ritter schrieb: »Die Sammlung des ›Laupheimer Kreises‹ war seinerzeit, d. h. in den ersten Nachkriegsjahren, wirklich eine Tat ... Damals war es ein dringendes Bedürfnis, sich durch derartige Diskussionen über die verworrene und gefährdete Lage Deutschlands nach der Katastrophe klar zu werden und ohne Bindung an irgendeine Partei gemeinsam die Möglichkeiten eines geistig-politischen Neubaus zu erörtern. Inzwischen scheint mir die Situation doch stark verändert. Es gibt jetzt so viele Möglichkeiten zu geistigem Austausch ..., daß mir zweifelhaft ist, ob die Fortführung des von Ihnen gesammelten privaten Kreises wirklich noch notwendig ist.«⁵⁹

Wie diese nüchterne Einschätzung deutlich macht, hatte sich der Laupheimer Kreis Ende der fünfziger Jahre überlebt. Alle Versuche seines Mentors, ihn wiederzubeleben, waren zum Scheitern verurteilt. Die Jahre seiner Wirksamkeit, die Gründerzeit der Bundesrepublik, waren vorüber. Ulrich Steiner starb fern der politischen Bühne am 23. Dezember 1961.

57 Glosse in der *Stuttgarter Zeitung*, 29. Juni 1954.

58 Ulrich Steiner an Ernst Forsthoff, 21. Mai 1954, NL Steiner, ACDP I-247-006/1.

59 Gerhard Ritter an Ulrich Steiner, 10. Aug. 1960, NL Steiner, ACDP I-247-007/4.